

Deutscher Bundestag ■ Wissenschaftliche Dienste**Schwerpunkthemen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im südlichen Mittelmeerraum- Eine Bestandsaufnahme**

1995 vereinbarte die EU mit den südlichen Mittelmeeranrainern Algerien, Marokko, Tunesien, Ägypten, Israel, Jordanien, Syrien, Libanon und der Palästinensischen Autonomiebehörde eine euro-mediterrane Partnerschaft. Ziel der EU war es, dort demokratische Strukturen zu fördern, eine Freihandelszone bis 2010 einzurichten und die soziale und kulturelle Zusammenarbeit in diesem südlichen Vorfeld europäischer Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen zu stärken. Für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft nimmt diese Region eine Sonderrolle ein, da mit ihr gleich vier von der Bundesregierung benannte Schwerpunkthemen verknüpft sind: die Bemühungen um eine Friedenslösung im Nahen Osten, die Stärkung der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP), Maßnahmen gegen illegale Zuwanderung und die Energieversorgungssicherheit.

Einleitung

Die euro-mediterrane Zusammenarbeit (nach dem Tagungsort der Gründungskonferenz auch Barcelona-Prozess benannt) erstreckt sich auf so unterschiedliche Themen wie Sicherheitspolitik, Terrorismusbekämpfung, Handel und Investitionen, Energie und Verkehr, Umwelt, Bildung und soziale Entwicklung, Stärkung der Rolle der Frau, Informationsgesellschaft und kultureller Dialog. Vereinbart wurde in Barcelona 1995 auch eine Institutionalisierung des politischen Dialogs durch regelmäßige Treffen auf Minister- und Beamtenebene. Wichtigstes Entscheidungsgremium ist das jährliche Treffen der Außenministerminister. Als parlamentarische Kontrolle zum Barcelona-Prozess konstituierte sich im März 2004 die sog. Euro-Mediterrane Parlamentarische Versammlung (EUROMED PV) in Athen. Aus Anlass des zehnjährigen Bestehens des Barcelona-Prozesses kamen die Staats- und Regierungschefs der euro-mediterranen Partnerländer im November 2005 zu einem Sondergipfel zusammen. Sie beschlossen einen Verhaltenskodex zur Terrorismusbekämpfung sowie einen umfangreichen Arbeitsplan für die kommenden fünf Jahre mit folgenden Themen: Stärkung des interkulturellen und -religiösen Dialogs, Unterstützung politischer Reformen, Kampf gegen regionale und globale Bedrohungen, Förderung einer nachhaltigen sozialen und ökonomischen Entwicklung, Vorbereitung und Umsetzung der Freihandelszone und die Formulierung eines integrierten Ansatzes im Kampf gegen illegale Migration.

Die letzte Euro-Med-Außenministerkonferenz fand am 27./28. November 2006 statt. Im Mittelpunkt des Treffens standen eine Rückschau auf die bei der Implementierung des Arbeitsplans erreichten Fortschritte und eine Einigung auf konkrete Arbeitsschwerpunkte für das Jahr 2007. Vereinbart wurde dort zudem, dass künftig auf den Außenministerkonferenzen jeweils am Jahresende die Prioritäten für das nächste Jahr festgesetzt werden.

2006 - ein Krisenjahr für die euro-mediterrane Partnerschaft

Das zurückliegende Jahr 2006 brachte in den euro-mediterranen Beziehungen gleich mehrere Belastungsproben und Herausforderungen, von denen die meisten beim Sondergipfel im November 2005 nicht vorhersehbar waren: der sog. Karikaturenstreit, der Libanonkrieg, die eskalierenden Konflikte zwischen rivalisierenden politischen Gruppen in den palästinensischen Autonomiegebieten, die Bestätigung der Todesurteile gegen fünf bulgarische Krankenschwestern durch ein libysches Berufungsgericht sowie als länderübergreifende Themen die anwachsenden Flüchtlingsströme aus Afrika und die verstärkten Bemühungen der EU, ihre Energielieferanten mit Hilfe nordafrikanischer Staaten zu diversifizieren.

Karikaturenstreit

Die Fragilität des zehn Jahre alten interkulturellen und -religiösen Dialogs mit den südlichen Mittelmeerpartnern zeigte sich Anfang 2006, als Mohamed-Karikaturen in dänischen Zeitungen zum Teil gewalttätige Proteste gegen europäische, insbesondere gegen skandinavische Einrichtungen auslösten. Solange nur dänische Einrichtungen von den Protesten in der islamischen Welt betroffen waren, war die offizielle Reaktion der EU eher zurückhaltend. Erst durch die Eskalation und die Ausweitung der Protestaktionen gegen alle europäischen Staaten sah sich die EU zu einer offiziellen Stellungnahme gezwungen. Nachdem am 30. Januar 2006 bewaffnete Mitglieder der palästinensischen Al-Aksa-Brigaden ein EU-Büro im Gaza-Streifen besetzten, reagierte die Europäische Kommission und verurteilte „jede Form der Gewalt“. Am 4. Februar 2006 setzten in Damaskus Demonstranten die dänische und die norwegische Botschaft in Brand und beschädigten die schwedische Botschaft. Die zum Teil staatlich gelenkten gewalttätigen Ausschreitungen wurden von autokratisch regierten euro-mediterranen Partnerstaaten offensichtlich dazu missbraucht, von eigenen innenpolitischen Problemen abzulenken und der Bevölkerung ein Ventil für ihre Unzufriedenheit mit der sozialen und politischen Wirklichkeit zu schaffen. Das Europäische Parlament (EP) forderte am 16. Februar 2006, die betroffenen Staaten müssten "eindeutig und in konkreten Schritten" zeigen, dass sie derartige Vorfälle in Zukunft nicht dulden wollten.

Während die Proteste gegen die Mohamed-Karikaturen im Februar 2006 die Straßen beherrschten, verlagerten sich die Auseinandersetzungen im Frühjahr allmählich in die Konferenzsäle. Eine Gelegenheit zur Diskussion mit den Partnern des südlichen Mittelmeers bot die Jahrestagung der EUROMED PV, deren Delegierte am 26./27. März 2006 in Brüssel zusammenkamen. Die Konferenzdebatten zum Karikaturenstreit verliefen erwartungsgemäß äußerst kontrovers. Trotzdem konnten sich die Teilnehmer auf eine gemeinsame Stellungnahme einigen. In der Abschlusserklärung wurde zum einen auf die Bedeutung der Meinungs- und Pressefreiheit hingewiesen, zum anderen darauf, dass diese ihre Grenze in den Rechten und Gefühlen anderer habe. Die durch die Veröffentlichung der Karikaturen ausgelösten Gewaltausbrüche wurden wie die dadurch verursachten Beleidigungen gleichermaßen verurteilt und die Medien aufgefordert, die Meinungsfreiheit verantwortungsbewusst auszuüben.

Libanon-Krise

Nachdem die Proteste gegen die Mohammed-Karikaturen im Frühjahr 2006 langsam abgeebbt waren, entstand im Sommer 2006 die nächste Belastungsprobe für die euro-mediterranen Beziehungen. Am 12. Juli 2006 griff Israel die von

Syrien und Iran unterstützte libanesische Hisbollah an, nachdem diese zwei israelische Soldaten entführt hatte. Raketenangriffe auf Israel und israelische Luftschläge auf libanesisches Territorium führten in der Folgezeit dazu, dass tausende Menschen ums Leben kamen und erhebliche Teile der Infrastruktur des Zedernstaates zerstört wurden. Der VN-Sicherheitsrat konnte sich nach längeren, kontrovers verlaufenden Beratungen am 11. August 2006 auf die Resolution 1701 einigen, in der „zur vollständigen Einstellung der Feindlichkeiten“ zwischen Israel und der Hisbollah und zum Rückzug aller israelischen Truppen aus dem südlichen Libanon aufgerufen wurde. Die VN-Mitgliedstaaten wurden ersucht, die UNIFIL-Truppe von bisher 2000 auf 15.000 Soldaten zur Überwachung des Waffenstillstands und Unterbindung des Waffenschmuggels zu verstärken. Die EU vermittelte zu Beginn des Libanon-Krieges eher ein Bild der Uneinigkeit und Unentschiedenheit, obwohl es gelang, einen offenen Streit wie 2003 in der umstrittenen Irakfrage zu vermeiden. In einer Erklärung vom 1. August 2006 forderten die EU-Außenminister „eine sofortige Einstellung der Feindseligkeiten, gefolgt von einer dauerhaften Waffenruhe“. Diese Formulierung entsprach jedoch nicht der Forderung der damaligen finnischen Präsidentschaft nach einem „sofortigen Waffenstillstand“. Vor allem das Vereinigte Königreich, Deutschland, die Niederlande, Tschechien und Polen lehnten diese Formulierung ab. Sie stützten damit in gewisser Weise die Position der USA, die Israel mehr Zeit einräumen wollte, um die Hisbollah entscheidend zu schwächen.

Erst zwei Wochen nach der Verabschiedung der VN-Resolution konnten sich am 25. August 2006 die EU-Außenminister darauf einigen, insgesamt 7.000 Mann in den Libanon zu entsenden. Vor allem von Frankreich, der früheren Kolonialmacht im Libanon, gab es anfangs widersprüchliche Äußerungen, sich an einer VN-Truppe zu beteiligen. Erst nach einem konkreten Angebot Italiens, mehrere Tausend Soldaten und Carabinieri bereit zu stellen, schlossen sich andere EU-Staaten, darunter auch Frankreich und Deutschland, an. Heute stellen die EU-Mitgliedstaaten das Rückgrat der UNIFIL. Bis Februar 2007 hat Frankreich das Kommando, dann wird Italien folgen.

Neben der Bereitstellung von Soldaten zur Umsetzung der VN-Resolution 1701 unterstützt die EU den krisengeschüttelten Libanon mit materieller Hilfe. Zur Linderung der Kriegsfolgen stellte sie zunächst 50 Mio. € für die Reparatur der zerstörten Wasserversorgung, für sanitäre Anlagen und Notunterkünfte bereit. Bei der internationalen Geberkonferenz in Stockholm sagte sie nochmals 42 Mio. € zu. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten haben damit allein im vergangenen Jahr über 300 Mio. € zur Verfügung gestellt.

Am 25. Januar 2007 fand in Paris eine weitere Wiederaufbaukonferenz für den Libanon statt, die die deutsche EU-Präsidentschaft als ein "beeindruckendes Zeichen internationaler Solidarität mit dem Libanon" bezeichnete und an der Vertreter aus über 40 Staaten und internationalen Organisationen teilnahmen. Dabei erhöhte die Europäische Kommission ihre Mittel auf 500 Mio. €; insgesamt wurden 5,84 Mrd. € für Kredite und Hilfsprogramme zugesagt.

Die Libanonkonferenz in Paris fand vor dem Hintergrund einer weiteren Destabilisierung des Landes statt. Nach dem Ende der Kampfhandlungen, setzte sich die Reihe politisch motivierter Morde an Kritikern des syrischen Einflusses fort. Der Krieg führte zudem zu einer Stärkung islamistischer Gruppen im Land. Seit Wochen blockieren Demonstranten den Amtssitz des Premierministers. Mitte Januar 2007 wurde ein Generalstreik ausgerufen, bei dem es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit mehreren Todesopfern gekommen ist. Die deutsche Ratpräsidentschaft rief am 23. Januar 2007 im Namen der EU dazu auf, „jegliche Gewaltanwendung zu unterlassen und alles zu unternehmen, um eine Eskalation der Lage zu verhindern.“

Mitverantwortlich für die Destabilisierung des Landes ist der Nachbar Syrien, dessen Truppen auf internationalen Druck hin im letzten Jahr aus dem Libanon abziehen mussten. Da Damaskus trotz wiederholter Mahnungen weiter radikale Gruppen im Libanon unterstützt, zögert die EU damit, mit Syrien ein Partnerschaftsabkommen abzuschließen. Im Oktober 2006 sprach sich das EP zwar grundsätzlich für den Abschluss eines solchen Abkommens aus, knüpfte dies aber an die Bedingungen, Syrien müsse die fortwährende Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Libanon, die Unterstützung der Hisbollah sowie seine massiven Menschenrechtsverletzungen beenden. Auf dem Europäischen Rat (ER) Mitte Dezember 2006 forderten die Staats- und Regierungschefs Damaskus nochmals auf, die Institutionen seines Nachbarlandes zu respektieren. Nur unter dieser Voraussetzung könne Syrien "normale Beziehungen zur internationalen Gemeinschaft, einschließlich der EU" entwickeln. Zudem wurde Syrien aufgefordert, uneingeschränkt mit dem VN-Tribunal zur Untersuchung des Attentats auf den ehemaligen libanesischen Regierungschef Hariri zusammenzuarbeiten.

Zunehmende Gewalt in den Palästinensischen Autonomiegebieten

Ein weiterer Krisenherd, mit dem sich die deutsche Ratspräsidentschaft auseinanderzusetzen hat, hat sich in den palästinensischen Autonomiegebieten, vor allem im überbevölkerten Gazastreifen, herausgebildet. Die EU ist dort seit einem Jahr mit Überwachungsaufgaben an

Grenzübergängen zu Ägypten präsent. Nach dem Wahlsieg der radikalen Hamas bei den Parlamentswahlen im Januar 2006 ist es dort immer wieder zu blutigen Auseinandersetzungen mit der unterlegenen Fatah gekommen. Dieser Konflikt, der in den letzten Wochen weiter eskaliert ist, offenbart zugleich ein gewisses Dilemma im Konzept der euro-mediterranen Partnerschaft. Zum einen fordert die EU eine Demokratisierung der Länder des Nahen Ostens. Andererseits kann es ihr nicht gleichgültig sein, wenn die einheimische Bevölkerung bei freien Wahlen mehrheitlich islamistische Gruppen wählt, die dann als Regierung eine gegen die Werte und die Interessen des Westens gerichtete Politik betreiben. Zu berücksichtigen ist allerdings auch die Tatsache, dass der Wahlerfolg der radikalen Hamas weniger ein klares Votum der Bevölkerung für den Islamismus darstellte, sondern vielmehr eine Abkehr von der alten politischen Garde, der auch von westlicher Seite immer wieder massive Korruption vorgeworfen wurde.

Nach der Weigerung der neuen Hamas-Regierung, das Existenzrechts Israels anzuerkennen, hat die EU ihre finanzielle Unterstützung für die palästinensischen Autonomiegebiete umgeleitet. Die Gelder fließen mittels des im Juni 2006 geschaffenen Vorläufigen Internationalen Mechanismus an der Hamas-Regierung vorbei. Die EU versucht zwar im innerpalästinensischen Konflikt mäßigend auf die Konfliktparteien einzuwirken und eine weitere Eskalation zu verhindern. Sie unterstützt jedoch eindeutig Palästinenserpräsident Abbas und seine Bemühungen, den Friedensprozess mit Israel fortzuführen. Konkret fordert die EU im Nahost-Konflikt von allen Parteien die Umsetzung der Vereinbarungen von Scharm-el-Scheik, die Freilassung der palästinensischen Häftlinge und eines in Gefangenschaft gehaltenen israelischen Soldaten, die Wiederaufnahme der Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich und die parallele Umsetzung all jener Verpflichtungen, zu denen sich die Parteien im Rahmen der ersten Phase des Nahostfahrplans verpflichtet haben.

Im Moment scheint wieder etwas Bewegung in den lange eingefrorenen Friedensprozess zu kommen. Auf amerikanische Initiative hin haben sich jüngst Israels Premier Olmert und Palästinenserpräsident Abbas zu einem Dreiertreffen in den USA bereit erklärt. Die israelische Seite kündigte zudem an, den Palästinensern 100 Mio. Dollar an Steuergeldern zu überweisen. Im Vorfeld dieses Dreiertreffens haben die USA für den 2. Februar 2007 die Mitglieder des Nahost-Quartetts (EU, VN, USA und Russland) nach Washington eingeladen. Israelis und Palästinenser sollen zu Gesprächen ermutigt werden. Nach Auffassung des EU-Außenbeauftragten Solana sollte es bei diesen Gesprächen von Beginn aber auch um die endgültige Lösung der Hauptstreitpunkte gehen.

Todesurteile gegen EU-Bürger in Libyen

Ein weiterer bilateraler Konfliktpunkt, der die deutsche EU-Präsidentschaft beschäftigen wird, betrifft Libyen. Durch seinen Verzicht auf die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen und die Abkehr vom Terrorismus konnte Libyen die lange Periode der Isolierung durch die internationale Staatengemeinschaft beenden. Parallel dazu bekundete das Land sein Interesse an einer Mitarbeit in der euro-mediterranen Partnerschaft und erhielt dort einen Beobachterstatus. Diese positive Entwicklung wird allerdings durch die Bestätigung der Todesurteile im Dezember 2006 gegen fünf bulgarische Krankenschwestern und einen palästinensischen Arzt durch ein libysches Berufungsgereicht wieder in Frage gestellt. Die Beschuldigten wurden vor acht Jahren angeklagt, libysche Kinder angeblich vorsätzlich mit HIV infiziert zu haben. Mehrere der sechs Angeklagten sagten aus, ihre Geständnisse seien durch Folter erpresst worden. EU-Justizkommissar Frattini stellte die Kooperation mit Tripolis nach der Urteilsverkündung in Frage. Nach Einschätzung der deutschen Ratspräsidentschaft sind die Vorwürfe gegen die Angeklagten „unhaltbar“. Gefordert wäre jetzt „dringend eine humanitäre Lösung dieses tragischen Falles“, dessen Lösung auch „in Hinblick auf die Entwicklung der Beziehungen der EU mit Libyen von großer Bedeutung“ ist.

Die libysche Seite hat Ende Januar 2007 versichert, dass die Todesurteile nicht vollstreckt würden. Noch befinden sich die bulgarischen Krankenschwestern und der palästinensische Arzt aber in Haft.

Flüchtlingsströme aus Afrika

Neben diesen länderspezifischen Konfliktthemen bestehen länderübergreifende Belastungsproben in der euro-mediterranen Zusammenarbeit. Dies gilt besonders für den anschwellenden Flüchtlingsstrom aus Afrika nach Europa. So gelangten allein 2006 von Libyen aus etwa 16.000 Flüchtlinge auf die italienische Insel Lampedusa, und knapp 30.000 Menschen von Mauretanien und Senegal aus auf die Kanarischen Inseln, wobei geschätzte 6000 Flüchtlinge auf dem langen und gefährlichen Seeweg umkamen. Seit August 2006 kontrolliert die Grenzschutzagentur FRONTEX die Spanien vorgelagerte Küste im Rahmen der Operation Hera II.

Parallel zur Stärkung der Abwehrmaßnahmen an den Außengrenzen trafen sich auf Initiative der EU im Juli 2006 erstmals Vertreter der wichtigsten Herkunfts-, Transit- und Zielländer der Flüchtlinge in Rabat (Marokko). Dort bekannten sich die Teilnehmer zwar zu einer „Euro-Afrikanischen Partnerschaft für Migration und Entwicklung“ und verabschiedeten einen Aktionsplan gegen illegale Einwanderung, konkrete Zusagen blieben aber aus. Ein Anschließtreffen in Tripolis am 22./23. November 2006 blieb ähnlich folgenlos. Einer allgemeinen Rück-

nahmeverpflichtung wollten die afrikanischen Vertreter nur dann zustimmen, wenn die EU im Gegenzug in der Abschlusserklärung konkrete Zahlen für eine weitere finanzielle Unterstützung genannt hätte, wozu die EU nicht bereit war. Im Tripolis-Abschlussdokument findet sich nur die relativ vage Formulierung, "die Möglichkeit zur Schaffung eines Fonds" für Entwicklungshilfemaßnahmen zu prüfen. Wie weit die Positionen auseinander gingen, zeigte auch die Bemerkung des libyschen Staatschef Gaddafi, der die Emigration als natürliches Phänomen und als Recht aller bezeichnete.

Der ER beschloss Mitte Dezember 2006, die finanzielle Ausstattung von FRONTEX auszubauen, und die Einrichtung eines europäischen Überwachungssystems für die südlichen Seegrenzen und eines Küstenpatrouillennetzes zu prüfen. Zudem einigten sich die Staats- und Regierungschefs der EU darauf, 2007 Missionen für Migrationsfragen in die afrikanischen Länder zu entsenden, länderspezifische Kooperationsplattformen für ein Migrationsmanagement einzurichten und afrikanische Staaten bei der Ausstattung ihrer Staatsangehörigen mit Ausweispapieren zu unterstützen. Die Kommission wurde aufgefordert, bis Juni 2007 Vorschläge zur besseren Organisation von legaler Migration aus Drittländern in die EU zu unterbreiten.

Die Flüchtlingsproblematik war auch Thema des jüngsten informellen Treffens der EU-Innen- und Justizminister am 15./16. Januar 2006. Dort forderte EU-Justizkommissar Frattini alle Mitgliedstaaten auf, bis April ausreichend Hubschrauber, Flugzeuge, Schiffe und technische Ausrüstung zur Kontrolle der Seegrenzen bereit zu stellen. Er kündigte zudem an, in den nächsten Monaten mit Mauretanien, Mali, Gambia und Senegal Verhandlungen über Pilotprojekte für individuelle Partnerschaftsabkommen aufzunehmen. Zu den Angeboten der EU zählten eine verstärkte Entwicklungszusammenarbeit, Visa-Erleichterungen für bestimmte Berufsgruppen sowie Vereinbarungen zur Rücknahme illegaler Einwanderer. Die Teilnehmer diskutierten auch den deutsch-französischen Vorschlag, kooperationswilligen Drittstaaten Kontingente für Arbeitserlaubnisse in der EU zuzugestehen.

Die Tatsache, dass das Flüchtlingsthema immer wieder auf der Agenda der EU zu finden ist, zeigt jedoch eine gewisse Wirkungslosigkeit der bisher eingeleiteten Maßnahmen. Die Flüchtlingsströme aus Westafrika reißen trotz der FRONTEX-Patrouillen nicht ab. Immer wieder gelangten in den letzten Wochen Hunderte von Flüchtlingen an die spanischen Strände. Tatsächlich werden, solange die afrikanischen Heimatländer der eigenen Bevölkerung keine Zukunft bieten und die einheimische Wirtschaft von den Überweisungen der legalen und illegalen Migranten in Europa abhängt, im Frühjahr 2007 wieder Tausende auf den gefährlichen Weg über den

Atlantik nach Europa aufbrechen, ohne dass dies die EU wirksam verhindern könnte.

Energieversorgungssicherheit

Ein weiteres großes Thema, dass in Zukunft verstärkt die euro-mediterrane Partnerschaft bestimmen wird, und das die deutsche Ratspräsidentschaft zu einem ihrer Schwerpunktthemen gemacht hat, ist die Energieversorgungssicherheit. Nachdem Russland sich in der jüngsten Vergangenheit wiederholt als unzuverlässiger Energielieferant erwiesen hat und Gas und Öl gegenüber Drittstaaten (Ukraine, Georgien und kürzlich Weißrussland) als politische Waffe eingesetzt hat, denkt die EU verstärkt über die Diversifizierung der Energielieferanten nach. In ihrer im Januar 2007 vorgestellten Mitteilung „Eine Energiepolitik für Europa“ schlägt die Kommission vor, mit Norwegen, Usbekistan und Turkmenistan langfristige

Energieabkommen abzuschließen, um so die Abhängigkeit von einem einzigen Öl- und Gaslieferanten zu reduzieren. Besonderes Augenmerk richtet die Kommission dabei aber auf Afrika, und hier insbesondere auf Algerien. Mit dem bisher drittgrößten Gaslieferanten der EU soll in Zukunft eine enge Energiepartnerschaft eingegangen werden. Zudem sollen die energiepolitischen Beziehungen zu den Maschrek- und Maghrebstaaten, die entweder über große fossile Energievorkommen verfügen, oder die als Transitländer von Bedeutung sind, intensiviert werden. Dazu sollen die europäische Energie- und Entwicklungspolitik miteinander verzahnt werden. Diese Vorschläge der Kommission werden unter deutscher Ratspräsidentschaft auf dem nächsten Treffen des ER im Frühjahr 2007 diskutiert.

Quellen und Literatur:

- Homepage der Europäischen Kommission: http://ec.europa.eu/comm/external_relations/euomed.
- Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament über die Vorbereitung der Tagung der Außenminister der Partnerschaft Europa-Mittelmeer in Tampere. Die Partnerschaft Europa-Mittelmeer: Zeit zum Handeln (KOM 2006) 620, Brüssel, den 25. Oktober 2006.
- 8th Euro-Mediterranean Conference of Ministers of Foreign Affairs, Tampere, 27-28 November 2006, Conclusions, abrufbar unter: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/er/91928.pdf.
- 8th Euro-Mediterranean Conference of Ministers of Foreign Affairs, Tampere, 27-28 November 2006, Conclusions.
- Euro-Mediterranean Parliamentary Assembly, Second Plenary Session, Brussels, 27 March 2006, Final Declaration of the Presidency.
- Erklärung des Europäischen Rates vom 14./15. Dezember 2006, abrufbar unter: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/92219.pdf
- EU-Africa Partnership for Migration and Development, Rabat Declaration, 11. July 2006.
- EU-AFRICA MINISTERIAL CONFERENCE ON MIGRATION AND DEVELOPMENT ISSUES, TRIPOLI, abrufbar unter: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/Afrika/061122-Afrika-EUERklaerung.pdf>
- Mitteilung der Kommission an den Europäischen Rat und das Europäische Parlament. Eine Energiepolitik für Europa, KOM (2007) 1, Brüssel, den 10. Januar 2007.
- Jörg Schneider: Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP), in: Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Europa, Nr. 55/06, (23. November 2006).
- Jörg Schneider: Zehn Jahre euro-mediterrane Partnerschaft (1995-2005), in: Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Europa, Nr. 10/05, (14. November 2005).
- Tobias Schumacher: Die Europäische Union als internationaler Akteur im südlichen Mittelmeerraum : "actor capability" and EU-Mittelmeerpolitik, Baden-Baden 2005.

Dr. Jörg Schneider, Fachbereich WD 11 – Europa, Tel.: (030) 227-33614,
E-mail: vorzimmer.wd11@bundestag.de